S-28 Ein gerechter Haushalt für alle

Gremium:	Alexandra Geese; Julia Höller; Josefine Paul; KV Münster; LAG Frauen
Beschlussdatum:	28.05.2021
Tagesordnungspunkt:	NRW sozial-ökologisch erneuern – mit diesen Projekten zeigen wir, wie wir die Zukunft sozial-ökologisch gestalten (Verkehr, Wirtschaft und Beschäftigung, Strukturwandel, Digitalisierung, Stadtentwicklung, Verbraucherschutz, ...)

Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen für die Wähler*innen

Bislang ist der Landeshaushalt geschlechterblind. Künftig soll er durch Gender Budgeting gerecht gestaltet werden. Dazu müssen im ersten Schritt Daten nach Geschlecht aufgeschlüsselt für alle Haushaltsbereiche erhoben werden und Indikatoren für eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik definiert werden. Parallel soll in mindestens einem Bereich, in dem Frauen derzeit unterrepräsentiert sind, aber nachhaltige Veränderungen anstoßen würden, ein Gender Budgeting eingeführt werden.

Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. Verkehrswende)?

Gerechtigkeit, Partizipation, weniger Gender Data Gap, mehr Klimaschutz

Chancen: Die Coronakrise hat viele Frauen in alte Rollen zurückgedrängt und damit die soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit verschärft. Wir können Frauen und Frauenorganisation, aber auch andere Bündnispartner, die sich für mehr Teilhabe, soziale Gerechtigkeit, den Kampf gegen Kinderarmut und für solides Haushalten einsetzen, in neue Methoden zur Haushaltsplanung einbinden, die Gerechtigkeit, Effektivität und Effizienz steigern.
Angriffspunkt: erhöhter Verwaltungsaufwand

Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen

Profilierung als feministische Partei und als Partei der Teilhabe, Kampf gegen „Retraditionalisierung", Geschlechtergerechtigkeit nicht nur bei der Repräsentation, sondern auch bei den Ressourcen.

Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich, finanziell, zeitlich?

Durch Umdenken in der Verwaltung können wir viel bewegen und erreichen auch andere grüne Ziele wie mehr Partizipation und Klimaschutz. Eine gerechte Verteilung der Mittel in der Infrastrukturplanung sorgt zum Beispiel für einen Ausbau des ÖPNV, weil Frauen diese Verkehrsmittel stärker nutzen.

Gender Budgeting

Vom Feigenblatt zur Haushalts-Maxime

Verkehrsplanung und Stadtentwicklung wurden bisher vor allem an den Bedürfnissen männlicher Berufspendler ausgerichtet – weil sie die meisten Pläne machen. Frauen fahren aber weniger mit dem Auto und mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Gender Budgeting kann helfen, die Haushaltsmittel gerechter zu verteilen. Das Geld fließt dann genauso in Verkehrsmittel, die von Frauen bevorzugt werden. Radverkehr, ÖPNV und viele grüne Ziele profitieren davon.

> Alexandra Geese und Julia Höller

Verkehr ist nur eines von vielen Feldern, in denen sich mit einer anderen Verteilung von Haushaltsmitteln die Geschlechtergerechtigkeit vor Ort verbessern lässt. Durch Gender Budgeting wird transparent aufgelistet, wem eine Ausgabe nützt oder wem eine Kürzung schadet. Erst diese Transparenz ermöglicht eine gezielte Steuerung unseres Zusammenlebens und unserer Arbeitswelt.

Studien zeigen zum Beispiel, dass 70 Prozent der von Kommunen geförderten Sportanlagen von Jungen und Männern genutzt werden. An dieser Stelle hakt das Gender Budgeting nach: Gibt es zu wenig attraktive Angebote für Frauen, weil traditionelle Männersportarten wie Fußball dominieren? Finden die Angebote zu Uhrzeiten statt, die mit der Kinderbetreuung unvereinbar sind? Oder ist die Sporthalle schlecht mit dem Bus erreichbar?

Gute Erfahrungen in München

Für Gender Budgeting muss kein zusätzliches Geld im Haushalt bereitgestellt werden – es geht darum, die bestehenden Mittel anders zu verteilen. In Deutschland ist München die Kommune, die am weitesten ist: Bereits 2006 hatte der Stadtrat das Gender Budgeting beschlossen. Seitdem hinterfragt der Kämmerer bei allen Ausgaben, mit welchem Ressourceneinsatz welche Leistung in welcher Quantität und Qualität für welche Zielgruppen erbracht wird. In der Analyse zehn Jahre später kommt er zu dem Ergebnis, dass Gender Budgeting unumgänglich ist für die Antwort auf die Frage, ob Münchens Haushaltsmittel von jährlich sieben Milliarden Euro sinnvoll und wirkungsvoll ausgegeben werden.

Foto: Stux / Pixabay

Ein Beispiel: Bevor die Stadt München in das Radwegenetz investierte, untersuchte sie die bisherige Nutzung. Das Ergebnis war, dass in der Altersgruppe von 25 bis 44 Jahren viel mehr Frauen für kurze Strecken das Rad nutzen. Also baute die Stadt die Infrastruktur für den Radverkehr aus und startete die Imagekampagne „Radlhauptstadt München", um das Fahrrad als Statussymbol auch für Männer attraktiver zu machen.

Im europäischen Vergleich hinkt die Entwicklung in Deutschland jedoch hinterher. Vielerorts fehlt das Bewusstsein für den gesellschaftlichen und ökonomischen Nutzen – obwohl die bisherigen Studien zeigen, dass Gleichstellung das Wirtschaftswachstum fördert. Der Gender Equality Index[1] legt nahe, dass die Länder Europas mit einem höheren Bruttoinlandsprodukt rechnen können, wenn sie entsprechende Maßnahmen forcieren. Die OECD prognostiziert langfristiges Wachstum, wenn bezahlte und unbezahlte Arbeit gerechter zwischen Männern und Frauen aufgeteilt wird.[2]

Wien als Vorbild in Europa

Für Kommunen gilt das genauso. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat den ökonomischen Nutzen von gleichstellungspolitischen Maßnahmen in Wien bewertet. Heraus kam zum Beispiel, dass die Verlängerung der

Mehr zum Thema …

Gender Budgeting

Frauenbüro Münster:
Haushalt fair verteilen.
Eine Gebrauchsanleitung für Beschäftigte aller städtischen Ämter
Münster 2017, 16 Seiten, PDF auf stadt-muenster.de: gruenlink.de/1xpw

Grüne Fraktion Neuss:
Gender Budgeting
Antrag auf gruene-neuss.de: gruenlink.de/1y1x (26.1.2021)

Divestment und Klimaschutz

Grüne Kreistagsfraktion Augsburg:
Nachhaltige Finanzpolitik Landkreis Augsburg. Kommunales Divestment und Re-Investment
Anfrage und Antrag auf gruene-kreistag-augsburg.de: gruenlink.de/1y20 (22.1.2021)

Grüne Fraktion Bubenreuth:
Klimaschutz in Bubenreuth mit „Local Green Deal"
Antrag auf gruene-bubenreuth.de: gruenlink.de/1y26 (16.2.2021)

Förderung von Sport und Vereinen

Ehrenamtsagentur Kreis Offenbach:
Ohne Moos nix los!
Förderwegweiser – Eine Handreichung für Ehrenamtliche und Vereine
Offenbach 2021, 68 Seiten, PDF auf kreis-offenbach.de: gruenlink.de/1y24

Grüne Fraktion Augsburg:
Sportförderung in voller Höhe
Antrag auf gruene-augsburg.de: gruenlink.de/1y22 (5.2.2021)

Finanzen und Corona

Brand, Stephan / Raffer, Christian u. a.:
Corona-Update Kommunalfinanzen.
Die Zitterpartie dauert 2021 weiter an
Berlin 2021, KfW Research-Paper Fokus Volkswirtschaft Nr. 316, fünf Seiten, PDF auf difu.de: gruenlink.de/1y21

Zimmermann, Uwe / Schilling, Florian:
Corona-Krise & Kommunalfinanzen.
Rettungsschirm für die Städte und Gemeinden auch nach 2020 unverzichtbar!
In Stadt und Gemeinde Digital 4/20, Seite 16 ff., PDF, 62 Seiten auf dstgb.de: gruenlink.de/1y23

Grüne Fraktion Dresden:
Der Krise mit Nachhaltigkeit begegnen.
Leitlinien für eine zukunftsfähige Haushaltspolitik für Dresden
Dresden 2020, zwei Seiten, PDF auf gruene-fraktion-dresden.de: gruenlink.de/1y1w

Grüne Fraktion Wuppertal:
Corona-bedingte Belastungen ausgleichen – Kommunen solidarisch unterstützen!
Antrag auf gruene-wuppertal.de: gruenlink.de/1y1y (16.2.2021)

Erhardt, Christian:
Tipps für die langfristige Haushaltsplanung
Beitrag auf kommunal.de: gruenlink.de/1y1z (2.2.2021)

Ernst & Young:
Kommunen in der Finanzkrise.
Status quo und Handlungsoptionen
Studie, 30 Seiten, PDF auf ey.com: gruenlink.de/1y25

Pohl, Wolfgang:
Corona und die Folgen –
neue Finanzkrise und Bundeshilfen
Beitrag auf kommunalwiki.boell.de: gruenlink.de/1y27

U-Bahn-Linie 1 nach Leopoldau in den umliegenden Vierteln zu weniger Arbeitslosigkeit bei Frauen führte. Offenbar fanden sie durch den U-Bahn-Anschluss leichter Arbeitsplätze.[3]

Wien ist in vielerlei Hinsicht ein gutes Vorbild – nicht nur beim sozialen Wohnungsbau und Öffentlichen Nahverkehr, sondern auch beim Gender Budgeting. Viele deutsche Kommunen holen sich Rat und Referent*innen aus Wien. Denn die Stadt hat das Prinzip von Anfang an flächendeckend umgesetzt und nicht nur auf Projektbasis gestartet.

Best-Practice in Deutschland

Umgekehrt ist Münster vorgegangen: Dort lässt die konkrete Umsetzung noch auf sich warten, aber das Amt für Gleichstellung hat in drei Projekten wichtige Grundlagenarbeit geleistet und diese als Gebrauchsanleitung unter dem Titel Finanzfairteilung veröffentlicht. 2018 gründete sich in Münster ein überregionaler Arbeitskreis Gender Budgeting, an dem mehr als 20 Kommunen aus ganz Deutschland beteiligt sind und sich regelmäßig über Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele austauschen.

Starke Initiativen gibt es auch in einigen anderen Städten: Marburg begann 2009 mit Gender Budgeting im Kreisjobcenter, die Stadt Freiburg führte Gender Budgeting 2010 stufenweise ein, Trier hat es 2011 beschlossen und Lübeck entschied sich 2012 ebenfalls für eine stufenweise Einführung. In Köln initiierte das Frauenforum Köln-Agenda bereits vor fast 20 Jahren das erste Projekt zur geschlechtersensiblen Haushaltsanalyse und an vielen anderen Orten treiben vor allem die Grünen das Ziel voran.

Auf Länderebene setzt Berlin die Maßstäbe. Dort hat der Senat 2002 das Gender Budgeting beschlossen und ein Jahr später eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die seither regelmäßig tagt. Als Anreiz für die Bezirke und die Hauptverwaltung hat das Land mehrmals Wettbewerbe um die besten Konzepte und ihre Umsetzung ausgeschrieben. Ein Beispiel: Um mehr Frauen in den Vorständen der

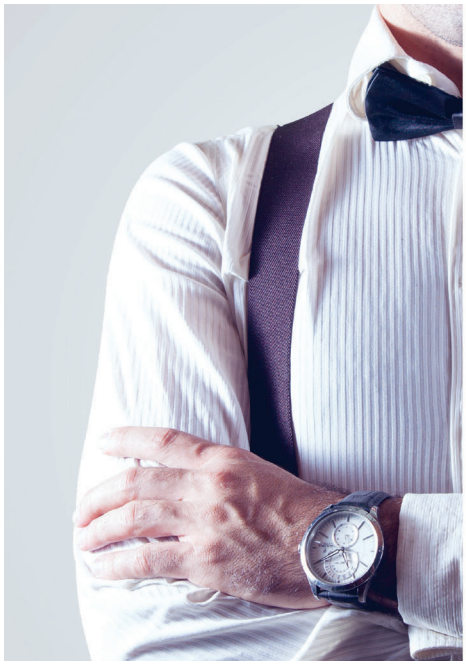

Foto: Gerd Altmann / Pixabay

Sportvereine zu etablieren und dadurch die Angebote der Vereine geschlechtssensibler zu gestalten, wurde ein Zukunftspreis ausgeschrieben, der den Vereinen für ihre Bemühungen viel Aufmerksamkeit verschaffte.

Eine Aufgabe fürs Finanzressort

Zuständig ist in Berlin die Senatsverwaltung für Finanzen – und dort gehört das Thema auch hin. Viel zu oft wird es noch im Frauen-Ressort verortet. Dabei geht es nicht um Frauen-Fragen, sondern um Gerechtigkeit, die alle betrifft. Gleichstellungspolitik kann nicht ohne Gender Budgeting funktionieren. Deshalb wirkt der Bundeshaushalt seltsam rückständig ohne dieses Instrument – während die Österreicher das Gender Budgeting 2009 sogar in ihre Verfassung schrieben.

Ein wichtiges Signal aus Brüssel

Auf EU-Ebene bahnt sich gerade eine Revolution an. Nach zahlreichen Entschließungen zum Thema wurden in der Interinstitutionellen Vereinbarung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 – dem siebenjährigen Haushalt der EU – im letzten Herbst endlich konkrete Verpflichtungen für die EU-Kommission festgeschrieben. Das geschah auf unseren Druck. Die Kommission muss jetzt bis 2023 eine Methode entwickeln, um Geschlechter(un)gerechtigkeit transparent zu machen. Sie soll spätestens ab dann für den gesamten Haushalt umgesetzt werden. Damit ist der Grundstein gelegt, um den nächsten europäischen Haushaltsrahmen wirklich geschlechtergerecht zu gestalten.

Die Zeiten der Feigenblätter sind vorbei

Das ist gerade jetzt ein wichtiges Signal. Denn die Coronakrise hat vielfältige Auswirkungen auf die Geschlechter und in Zeiten knapper Kassen sollten wir besonders genau hinschauen, wofür öffentliche Gelder eingesetzt und wofür sie gekürzt werden. Auf allen administrativen Ebenen werden durch Haushaltspolitik die Entscheidungen in den politischen Themenfeldern (vor-)strukturiert. Geschlechterdifferenziert aufgestellte Haushalte helfen dabei, die Lebenswirklichkeiten von Frauen bei politischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Die genannten Beispiele zeigen, dass ein Anfang bereits gemacht ist. Einzelne Projekte in vorgeblich weichen Politikfeldern dürfen aber nicht als Feigenblatt genutzt werden. Geschlechtergerechtigkeit in Kommunen ist kein nettes Beiwerk, im Gegenteil. Gleichberechtigung von Frauen und Männern steht im Grundgesetz – der Staat muss darauf drängen, dass das Realität wird. Gender Budgeting ist dafür ein geeignetes Instrument.

---

1) Gender Equality Index 2015: Measuring gender equality in the European Union 2005–2012. Report als PDF, 188 Seiten, auf eige.europa.eu: gruenlink.de/1xo2

2) OECD: Recommendation of the Council on Gender Equality in Public Life. 2015, 14 Seiten, PDF auf oecd.org: gruenlink.de/1xo3

3) Der ökonomische Nutzen von Gender Budgeting in Wien. Studienseite auf wifo.ac.at: gruenlink.de/1xo5

> Alexandra Geese MdEP ist seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments und zuständig für die Digitalpolitik der Greens/EFA-Fraktion. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz und kümmert sich im Haushaltsausschuss als Ständige Berichterstatterin für Gender Budgeting um eine gerechte Finanzverteilung.

> Julia Höller aus Bonn ist seit 2018 Mitglied im Landesvorstand der Grünen Nordrhein-Westfalen und dessen Frauenpolitische Sprecherin.